

??? zum 2013

Zur teureren Autobahnvignette.

Gedanken eines eidgenössischen Staatsabgabentrüchters: Es naht das Jahresende, ganz klar zu erkennen an den Spendenaufforderungen im Briefkasten. Nun sollen dann, nebst all dem, was schon teurer geworden ist oder im Versteckten dann noch wird, die Autofahrer 2014 für die Autobahnvignette wohl 150 Prozent mehr bezahlen. Dieses Geld wird dringend für den Strassenbau und -unterhalt benötigt, ausschliesslich dafür verwendet. So in etwa hat es auch geklungen, als es um die LSVA ging; die Abgaben, welche das Transportgewerbe Monat für Monat entrichtet, sind mehr als kostendeckend (zum Beispiel circa 80 Rappen bis 1.20 Franken je 40-Tonnen-LKW pro gefahrenen Kilometer, Tag/300 km = 300 Franken, 20 Tage/Monat = 6000 Franken LSVA). Und jetzt ist auch diese Kasse leer? Alles Gelder vom Endverbraucher und Steuerzahler.

Etlche müssen/sollten geben, geben, werden ausgehöhlt, und andere nehmen, nehmen, nehmen – oder stehlen und betrügen. Jo Etter, Höri

Freie Fahrt fürs Rafzerfeld

Zum Leserbrief von Erich Bollinger im «ZU» vom 12. Oktober.

Ihr armen Autofahrer vom Rafzerfeld. Was ist das für ein unwirtschaftliches Verhalten: Von Montag bis Freitag jeden Morgen und jeden Abend fahren viele hundert PW mit nur dem Chauffeur vom Rafzerfeld durch Eglisau, brauchen viel Strassenraum, stellen sich den anderen in den Weg, suchen Schleichwege durch Wohnquartiere in Eglisau, behindern den Ortsbus und damit circa 20 Fahrgäste, die den Zugang erreichen wollen, und reklamieren, wenn wir Eglisauer nach zum Teil längerer Wartezeit auf die Hauptstrasse fahren möchten, sei es am Morgen Richtung Bahnhof oder am Nachmittag in umgekehrter Richtung.

«Nur ja kein Lichtsignal!» Ich weiss für euch eine bessere Variante: den Zug benützen und bis zum Bahnhof zu Fuss oder mit dem Velo, allenfalls auch mit dem Auto bis dahin fahren. Den ÖV zu benützen, ist bei vielen Autobenutzern eine Willenssache. Im Zug darf man Zeitung lesen, telefonieren und SMS schreiben (bussenfrei!), arbeiten (Laptop), interessante Leute treffen und vieles andere mehr. Herr Bollinger, seien Sie nicht so egoistisch und lassen Sie die kantonalen Instanzen planen, damit auch die Bewohner von Eglisau zu ihrem Recht kommen. Danke.

Willi Pfeiffer, Eglisau

Abtausch von fremdem Eigentum?**Zur Ortsplanung in Embrach.**

In Embrach funktioniert scheinbar alles anders als im Rest der Schweiz. Ich bin erstaunt, dass man in einer zukünftigen Ortsplanung «fremdes» Eigentum in die Planung miteinbeziehen kann. Ist die Politische Gemeinde wirklich Eigentümer der Spielwiese beim Schulhaus Hungerbühl? Wurde hier etwas gar voreilig Eigentum gebildet?

Was ist die Meinung der Sekundarschule? Wurde diese Behörde in diesen Planungsabschnitt miteinbezogen? Wurde eventuell bei der Schulhausplanung des Schulhauses Ebnet auch mit solchen Tricks gearbeitet?

Felix Egli, Embrach

ZUR BEACHTUNG

Auf der Seite «Forum» werden Leserbriefe veröffentlicht, die zu aktuellen Themen Stellung beziehen. Anonyme Zuschriften oder beleidigende Beiträge wandern direkt in den Papierkorb.

Die Redaktion

**LESERFOTO**

Am vergangenen Montag hat sich dieses Schauspiel am Himmel zugetragen. So präsentierte sich der Sonnenuntergang auf dem Weg von Embrach nach Bülach. Bild: Agnes Capraro, Dielsdorf

Zürcher Stimmbürger wollen Glattalautobahn gar nicht**Zur Abstimmung am 24. November über die Autobahnvignette.**

Im Interview «Mobilität ist heute zu billig» («ZU» vom 17. Oktober) zur Verteuerung der Autobahnvignette sagt Bundesrätin Doris Leuthard: «Bei einem Nein werden viele Projekte auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben – auch dasjenige im Glattal.» Aber: Wer will denn diese Glattalautobahn überhaupt, von welcher noch nicht einmal klar ist, wo sie durchgehen soll? Das Zürichervolk jedenfalls will sie nicht. Es sind nicht einmal zwei Jahre her, seitdem sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger des Kantons Zürich exakt zu dieser Frage äussern konnten. Am 27. November 2011 stand in unserem Kanton nämlich die sogenannte «Stau weg!»-Initiative zur Abstimmung. Die Initianten wollten per Ständesinitiative Folgendes: «Der Kanton Zürich verlangt vom Bund, das Nationalstrassennetz zur Verbesserung der Stausituation im Kanton Zürich gezielt auszubauen. Konkret sollen folgende im Zürcher Richtplan enthaltene Bauprojekte mit Realisierungszeitraum bis 2025 umgesetzt werden. Glattalautobahn, Oberlandautobahn, Ausbau Umfahrung Winterthur, Stadttunnel, Waidhaldetunnel und Westast Zürich (...).» Die Stimmbürgerinnen und -bürger des

Kantons lehnten die Initiative mit 229'972 Nein (63 Prozent) gegen 135'632 Ja (37 Prozent) wuchtig ab. Die Stimmbeteiligung lag bei 44 Prozent.

Die Aargauer CVP-Bundesrätin – sekundiert von den beiden Zürcher SVP-Regierungsräten Ernst Stocker und Markus Kägi – macht sich also für ein Anliegen stark, das vom Volk vor zwei Jahren abgelehnt worden ist. Und für die Realisierung von abgelehnten Autobahnprojekten will sie erst noch eine massive Verteuerung der Autobahnvignette. Nämlich um satte 150 Prozent (von 40 auf 100 Franken).

Die Bundesrätin hätte im Interview gefragt werden müssen, ob «Bern» vom Zürcher Abstimmungsergebnis vom 27. November 2011 Kenntnis gehabt habe oder ob sie – wie üblich – nur einseitig auf die Autobahn-Turbos und Verlierer gehört hat? Wo bleibt da die Demokratie? Braucht es auch hier sogenannte Durchsetzungs-Initiativen, wie das die SVP auf nationaler Ebene erfolgreich durchgezogen hat?

Die Umfahrung von Näfels (Kosten: über 250 Millionen Franken) soll zur Nationalstrasse gemacht werden. Diese Strasse hat doch überhaupt keine nationale Bedeutung. Im ganzen Kanton Glarus leben circa 35'000 Einwohner. Das Tal ist eine Sackgasse ohne jegli-

chen Durchgangsverkehr (der Klausenpass-Verkehr kann vernachlässigt werden). Im Glarnerland zirkuliert deshalb vor allem hausgemachter Verkehr. In Le Locle und in La Chaux-de-Fonds im Neuenburger Jura sollen aus den Einnahmen der teureren Autobahnvignette mit weit über 700 bis 900 Millionen Franken zwei neue Strassentunnels für die rund 2500 Grenzgänger gebaut werden.

Wenn die Kantone diese Strassen unbedingt verwirklichen wollen, dann sollen sie die entsprechenden Millionen- respektive Milliardenkredite von ihren Stimmbürgern bewilligen lassen. Die Bodensee-Autobahn im Kanton Thurgau jedenfalls wurde vom Volk bereits abgelehnt, und auch die Autobahn in der Magadino-Ebene hatte vor den Tessiner Stimmberechtigten keine Chance!

Es wäre deshalb mehr als unfair, wenn der Bund nun nachträglich alle umstrittenen kantonalen Autobahnen zu Nationalstrassen machen und diese bauen würde. Eine Verteuerung der Autobahnvignette um 150 Prozent zur gewaltsamen Verwirklichung von teilweise mehrfach abgelehnten Autobahnen ist abzulehnen.

Paul Stopper, dipl. Bauing. ETH/
Verkehrsplaner Uster

Erotik-Messe hatte nichts mit Erotik zu tun**Zum Artikel «Die Erotik findet zurück nach Zürich», «ZU» vom 7. Oktober.**

Erotik: In der engeren Bedeutung versteht man heute unter E. meist Geschlechtlichkeit und das Spiel mit deren Reizen, ebenso die Auswirkung in Gesellschaft, Mode, Kunst, Werbung (nach «Brockhaus»). Was aber an der Wild Love in Regensdorf gezeigt wurde, hat schlicht nichts mit E. zu tun. Jeder grössere Erotikshop ist besser bestückt und hat eine bessere Atmosphäre!

Beim Eingang wurden wir von einer Dame in einem Verkaufshäuschen empfangen, welche nicht von Erotik strahlte. Danach ging es durch einen

kahlen Gang, dem eine noch kahlere Treppe folgte, in den ersten Stock. Hier hatte man mit einem einzigen Blick die ganze Übersicht. Hinter dem ersten Stand ein männlicher Anbieter von Strumpfwaren. Der nächste Stand wurde auch von einem Mann betreut, welcher High Heels im Angebot hatte, welche lieblos auf dem Boden lagen. Anschliessend die Cocktail-Bar, an welcher Cocktails in Plastikbechern angeboten wurden. In der Mitte des Saales Tische eines deutschen Anbieters, überhäuft mit Billigware von Gummi-Dildos wie in einem Schlussverkauf.

Wo waren denn da etwa die Kunst für die Wände (Mel Ramos, Michael Parkes) oder Plastiken, Skulpturen, Körperabformungen (Paul Fieweger), edles Spielzeug aus Medizinalglass oder vergoldet, Dessous von Beldona oder Aubade? Das Verkaufspersonal war ein Ablöcher auf der ganzen Front. Hier gehören Damen und Herren hin mit Stil und schicker Kleidung. Ob die Technomusik zur Live Show mit überlautem Bass richtig ist, bezweifeln wir. Alles in allem einfach keine Messe, die nur im Ansatz etwas mit Erotik zu tun hatte. Franz Gasser und Gabriele Sigrist,

Rüti-Winkel

Dickes Ende kommt**Zur Greenpeace-Aktion.**

Was sich Greenpeace und ihre Aktivistinnen leisten, geht über jeden Anstand hinaus. Zudem sind die Aktionen illegal, und die Akteure müssen bestraft werden. Russland hat richtigerweise die Aktion an ihrer Bohrinne unterbunden und die Greenpeace-Leute arretiert. Hoffentlich werden diese auch der gerechten Strafe zugeführt. Es geht doch nicht an, dass jeder an irgendeinem Ort die Arbeit anderer Menschen oder Firmen stören darf, nur weil es ihm nicht passt. Wo kämen wir hin, wenn jeder tun und lassen würde, was er will?

Das dicke Ende steht uns aber noch bevor. Nun soll die Schweizer Diplomatie sich noch um die Freilassung des Aktivisten bemühen, was sicher mit Steuergeldern bezahlt werden soll. Zudem verstehe ich nicht, wie die Presse inklusive Fernsehen dieses Ereignis hochspielt und in der Sendung «Club» Greenpeace und dem Vater eines Inhaftierten noch eine Plattform zur Rechtfertigung bietet.

Greenpeace setzt für ihre Aktionen oft Schiffe ein und verbraucht somit grosse Mengen an Energie, was die Umwelt auch wieder belastet. Darüber herrscht aber Schweigen. Wenn die Organisation Gutes tun will, soll sie ihre Schiffe in den Mittelmeerraum verschieben und dort Bootsflüchtlinge retten. Ernst Waser, Eglisau

Wienerli ist nicht gleich Wienerli**Zur Familieninitiative.**

Die Gegner der Familieninitiative, allen voran unsere Finanzministerin, versuchen das Volksbegehren als unfair abzustempeln. Sie sind dagegen, dass Eltern, welche ihre Kinder selber betreuen, für diese wertvolle Arbeit die gleichen Steuerabzüge machen dürfen, wie wenn sie das Kind fremdbetreuen lassen würden. Die Finanzministerin sagte: «Man kann doch nicht Kosten, die nicht entstehen, abzugsfähig machen.» Diese Begründung finde ich mehr als tragisch, denn alle Väter und Mütter, die bereit sind, die Kinder selber zu betreuen, verzichten bewusst auf Einkommen. Auf dem Familienbudget lastet dieser Entscheid schwerer als die direkten Kosten, die durch eine steuerlich begünstigte Fremdbetreuung entstehen.

Geradezu grotesk wirkt die Äusserung der Finanzministerin, wenn man bedenkt, dass die Kosten für ein durch die Fremdbetreuung dem Kind verarbeitetes Wienerli durch die Eltern bezahlt und von den Steuern abgezogen werden. Kauft jedoch ein Vater für sein Kind ebenfalls ein Wienerli, findet kein Steuerabzug statt. Denn wie wir von unserer Finanzministerin gelernt haben, entstehen durch die Kinderbetreuung zu Hause keine Kosten. Wahrscheinlich glaubt die Dame, dass Wienerli an jedem Strassenrand wachsen, oder aber sie ist der Ansicht, dass Kinder, welche zu Hause gratis betreut werden, sogleich kostenlos hungern sollen.

Gleich unsinnig verhält es sich mit Spielsachen. Kauft eine Kinderkrippe einen Schlumpf, wird dieser via Betreuungsbeiträge durch die Eltern indirekt finanziert und damit steuerlich begünstigt. Wenn ich als Familienvater einen Schlumpf für mein Kind anschaffen will, erfolgt keine steuerliche Entlastung. Wir lernen daraus, dass vor der Finanzministerin nicht alle Schlumpfe gleich sind und dass von einem Paar Wienerli das linke Würstchen nach staatlicher Subvention schreit, während jenes auf der rechten Seite vom selben Staat als wertlos betrachtet wird.

In meinen Augen schafft die Familieninitiative klare, einheitliche und faire Verhältnisse für alle Familien. Dies unabhängig von der frei gewählten Betreuungsvariante. Aus diesem Grund sage ich am 24. November Ja zur Familieninitiative und damit Ja zur gleichberechtigten steuerlichen Entlastung von allen Familien.

Stefan Schmid, Niederglatt